



# attac

# 2023

## Demokratie-Offensive



### Inhalt

1. Artikel 20 Absatz 2 offensiv als Anspruch vertreten .....
2. Einführung einer Wahlpflicht .....
3. Einführung eines Rankings.....
4. Bügerräte .....
5. Bildung.....
6. PR für die Demokratie .....

Gerd Achterberg

24.11.2023

## Offensive für mehr Demokratie

### Ein 6-Punkte Programm

#### 1. Artikel 20 Absatz 2 offensiv als Anspruch vertreten

in den Forderungen nach mehr Bürgerbeteiligung durch Volksabstimmungen pp und dem Bemühen, Gesetze zu verhindern oder wieder aufzuheben, die die Rechte der Bürger:innen auf Begehren etc. einschränkt oder aufhebt.

"Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. **Sie wird vom Volk in Wahlen und Abstimmungen ... ausgeübt.**"

Und natürlich meint das Grundgesetz insbesondere auch die Möglichkeit der **Volksabstimmung auf Bundesebene**. Dafür reicht ein einfaches Gesetz mit einfacher Mehrheit im Bundestag. Es ist keine Änderung des Grundgesetzes, sondern "nur" eine Änderung im Bewusstsein der meisten Volks- und Medienvertreter erforderlich darüber, was das Grundgesetz bereits für die Demokratie fordert.

#### 2. Einführung einer Wahlpflicht

Wir sollten für die Einführung einer Wahlpflicht eintreten und fordern jedenfalls alle demokratischen Kräfte dazu auf, hierzu in allen Gremien eine transparente Diskussion zu führen. Eine Wahlpflicht gibt es auch in über 30 Ländern, innerhalb und außerhalb der EU. Wer eine Volksherrschaft wirklich will, wer eine (ausgesetzte) Wehrpflicht hat, wer seinen Bürgern eine breite Palette an Angeboten und Unterstützungen finanziert (Bildung, Gesundheit, Alter, Kinderbetreuung, Verkehr etc.), kann und sollte auch verlangen, dass sich die Bürger:innen auch soweit zu diesem demokratischen Staat bekennen, dass sie an Wahl- und Abstimmungstagen ihre privaten Interessen in den Hintergrund treten lassen, wenn ihnen dies möglich ist. Die Frage, ob eine Nichtteilnahme sanktioniert werden sollte, ist einem "einfachen" Gesetz und der Diskussion darüber nach Verankerung einer Wahlpflicht im Grundgesetz zu überlassen. Kritikern ("es gibt Menschen, die dieses ganze "Spiel" nicht mitmachen wollen") sollte entgegnet werden, dass das Recht, ungültige Stimmen abzugeben, unberührt bleibt.

#### 3. Einführung eines Rankings

"Instant-runoff-voting" nach australischem Vorbild.

Demokratie ist auch die Suche nach Konsens. Wenn z.B. von 8 Direktkandidat:innen in einem Wahlkreis jemand gewählt wird, der mit z.B. 24,5 % der Stimmen die relative Mehrheit erzielt hat, entspricht das dann nicht dem Volkswillen, wenn tatsächlich über 50 % der Wähler:innen gerade diese Person am allerwenigsten im Parlament oder einer Kommunalvertretung als ihren Vertreter sehen wollen. Damit nicht durch Stichwahlen Verzögerungen und Kosten entstehen hat man dieses Problem demokratischer und effektiv in Australien gelöst. Wenn mehrere Bewerber:innen zur Wahl stehen wird hier nicht hinter dem Namen einer Person ein Kreuz gemacht, sondern hinter jede eine Zahl. Die Person, die man am liebsten in der Funktion sehen möchte, bekommt eine 1, die am ehesten akzeptable Alternative eine 2 und so weiter, bis bei allen Kandidat:inn:en eine Zahl steht, die „höchste“ Zahl, bei der am stärksten abgelehnten Person. Dann werden erst alle 1-Stimmen ausgezählt. Wenn so keine absolute Mehrheit erreicht ist, werden alle 2-Stimmen dazugezählt, und so weiter, bis die 50% -Quote erreicht ist. Durch dieses viel demokratischere "Ranking"-System haben es Vertreter radikaler Parteien schwerer Direktmandate o.ä. zu erreichen. Die Rolle der Parteien wird durch dieses System etwas gestärkt, da damit die Listenplätze ein viel stärkeres Gewicht bekommen. Egal, ob man das gut oder schlecht findet. Es ist mehr Demokratie! Berechnungsbeispiel [hier...](#)<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Quelle: Wikipedia [https://de.wikipedia.org/wiki/Integrierte\\_Stichwahl](https://de.wikipedia.org/wiki/Integrierte_Stichwahl) aufgerufen am 12.12.2023

#### 4. Bürgerräte

Geloste und um Repräsentanz der Bevölkerung bemühte Bürgerräte sollen in größerer Anzahl auf allen Ebenen als Konfliktlösungsmöglichkeit und inhaltliche Beteiligung von Menschen auch ohne Parteizugehörigkeit eingerichtet werden. In den Parteien hat sich in den letzten 30-40 Jahren eine Entwicklung breit gemacht, die zu einer großen Schwerpunktbildung bei den Personalentscheidungen im Verhältnis zu inhaltlichen politischen Debatten, Arbeitskreisen etc. geführt hat. Damit hat die Attraktivität der Parteien für Bürger:innen, denen es um politische Inhalte geht, immer weiter abgenommen. Die Aufforderung aus dem kleinen Kreis der noch in Parteien Organisierten, man möge doch in einer Partei mitwirken, ist deshalb weitgehend unwirksam. Dagegen haben aber die bisherigen Bürgerräte bewiesen, dass nach deren jeweiligen Arbeitsende, manche so viel Interesse an einer aktiven Teilnahme an Entscheidungsprozessen im Gemeinwesen entwickelt haben, dass sie in Parteien eingetreten sind.

#### 5. Bildung

Der Ist-Zustand ist gekennzeichnet durch

- a. viele demokratische Lernprozesse in den Kindergärten, die mit Eintritt in das Schulleben in der Regel abrupt abbrechen. Die KMK, beraten durch die für die Kindergärten pädagogisch verantwortlichen Fachverbände sollte ein Konzept verabschieden, dass mehr Lernfelder für die Demokratie in den Schulen implantiert, als bisher vorhanden und auch gegenüber dem Erleben im Kindergarten eher als ein Mehr als eine Abschaffung demokratischer Elemente erlebt wird. Dabei sollte die Idee der Elternschule zur Ergänzung der schulischen Erziehung aufgegriffen werden.
- b. eine Beschränkung auf - die auch sinnhafte - Organisationskunde in Mittel- und Oberstufe ist unverantwortlich. Demokratie muss früh gelebt werden mit z.B. Entscheidungen in Vollversammlungen. Und dass zum Wissen auch gehören die Rolle der Medien und der Grundsatzunterschied zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten, die Zivilgesellschaft, die populistischen Scheindemokratien, die Bedeutung des Rechtsstaates für die Demokratie und umgekehrt, Mitbestimmung in der Wirtschaft, die Rolle der "neuen Medien" für Gesellschaft und Staat...

#### 6. PR für die Demokratie

Die Zentralen für politische Bildung leisten wohl engagierte und verdienstvolle Arbeit. Sie erreichen aber in aller Regel nur einen sehr kleinen Teil der Bevölkerung. In unserer Zeit und angesichts der schleichenden aber gefährlichen Entpolitisierung eines Großteils unserer Mitbürger:innen muss die Demokratie die öffentlich wirksame Konfrontation mit ihren Feinden aufnehmen! Die Menschen wissen oder bedenken nicht, was sie alles verlieren können, wenn die antidemokratischen Kräfte Einfluss oder gar Entscheidungsmacht gewinnen. Hier sind engagierte, der Demokratie verpflichtete, Fachleute in einem langfristigen Projekt gefragt. Mindestens einmal im Jahr sollte auf EU- Ebene ein Fachkongress zu diesem Thema zwecks Ideensammlung und -entwicklung stattfinden. Alle Ergebnisse sollten hinsichtlich der Urheberrechte automatisch in die öffentliche Hand übergehen. Es sollen keine Honorare, sondern eine Kostenerstattung gezahlt werden, um möglichst die Mitwirkenden zu haben, für die das Gemeinwohl über dem legitimen eigenen Erwerbsinteresse steht. Europäisch deshalb, weil die Demokratien in allen europäischen Ländern ähnlichen Bedrohungen ausgesetzt sind und weil so ein größerer Kreativpool und die Möglichkeit einheitlicher europäischer Kampagnen entwickelt wird.

Als Themen böten sich auch die Diskussion über Wahlpflicht oder Informationen über das "Ranking-System" und über Bürgerräte und in Deutschland die Information über Art. 20 Abs 2 GG an.

Gerd Achterberg im November 2023